

Lässt sich die Wohnungsnot «wegbauen»?



Christoph Spiess,
Gemeinderat,
2. Zentral-
vizepräsident,
Zürich

Seit Jahren herrscht in den Agglomerationen und ganz besonders in den Kernstädten wie Zürich, Genf oder Basel Wohnungsnot. Politiker von «links» bis «rechts» finden kein anderes Gegenmittel, als die Bautätigkeit immer noch mehr anzukurbeln. Sie glauben, mit einer starken Erhöhung des Wohnungsangebots den Anstieg der Mietzinsen bremsen zu können. So stehen Wälder von Baugespannen und Kränen in der Landschaft, und weiterhin wird jeden Tag die Fläche von 15 Fussballplätzen zubetoniert. Trotzdem wird das Wohnen hierzulande immer teurer. Zwar wohnen wir alle irgendwo. Wir haben also nicht zu wenige Wohnungen.

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Diese sind aber oft viel zu teuer. Auf dem Wohnungsmarkt

funktioniert das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht!

Dies ist hauptsächlich eine Folge der EU-Personenfreizügigkeit. Da können wir bauen, soviel wir wollen – nur schon der Zuwanderungsdruck sorgt dafür, dass der

Wohnraum knapp bleibt und dementsprechend immer teurer wird. Hinzu kommt, dass vor allem wegen des ungebrochenen Trends zu Einpersonenhaushalten der Wohnflächenkonsum pro Kopf unablässig zunimmt.

Wenn wir nun noch mehr bauen, wird alles nur noch schlimmer. Dazu braucht es noch mehr Arbeitskräfte. Diese werden grösstenteils aus dem Ausland geholt... und brauchen ebenfalls Wohnungen!

Im Volk regt sich mittlerweile der Widerstand nicht nur gegen über-setzte Mieten, sondern auch gegen die ungezügelte Bauerei. So haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich gegen den heftigen Widerstand der Baulobby und der bürgerlichen Parteien eine Volksinitiative der Grünen zum Schutz des Kulturlandes angenommen. Doch die «classe politique» lernt daraus gar nichts. Flugs sind sich «Linke» und «Rechte» darüber einig geworden, dass man dann eben

verdichtet bauen

müsse. So werde weniger Kulturland zerstört. Das mag durchaus stimmen, doch an der zunehmenden Übervölkerung der Schweiz ändert sich damit gar nichts. Der Druck auf die Erholungsgebiete rund um die Agglomerationen wächst weiter.

Die «Verdichtung» ist bereits voll im Gange und bedeutet, dass massenhaft günstige Wohnungen nicht sanft renoviert, sondern abgebrochen und durch hässliche Betonklötze mit mehr und vor allem viel teureren Wohnungen ersetzt werden.



Wohnungsnot ist letztlich auch nur eine Folge der grenzenlosen Wachstumsideologie. Regulierungen werden von allen Seiten stets abgelehnt.

Die angestammte Mieterschaft kann sich diese nicht leisten und wird verdrängt. Tram und Bus sind immer öfter überfüllt. Auf den Strassen herrscht Stau, in der Innenstadt Gedränge. **Die Menschen leiden unter einem zunehmenden Gefühl von Enge. Es resultiert ein dramatischer Verlust an Lebensqualität.** Die Grünliberalen – die Partei der «Yuppies» und Hedonisten – forderten gar kürzlich im Zürcher Stadtparlament ganz offen, dass die Wohnfläche pro Person und die Anzahl Quadratmeter pro Arbeitsplatz reduziert werden müsse. Wir sollen also noch enger zusammenrücken, um für die vielen Zuwanderer Platz zu machen, die wir alle nicht gerufen haben! Denselben Kreisen dient auch das durchaus sinnvolle

Energiesparen als Vorwand

zur Durchsetzung dieser Politik. Die alten Häuser mit den günstigen Wohnungen müssen weg, weil

sie nicht den modernen Minergie-Standards entsprechen. Die sozialen Folgen für die Mieter/-innen mit kleinem bis mittlerem Einkommen interessieren diese grünlichen Yuppie-Technokraten mit akademischem Abschluss und dicker Lohntüte nicht im Geringsten. Hinzu kommt als weiteres Problem die

irrwitzige Kapitalanhäufung in den Pensionskassen.

Weil diese nach dem Deckungskapitalverfahren finanziert werden, müssen viele hundert Milliarden Franken Gewinn bringend investiert werden. Seit die Finanzkrise ausgebrochen ist und halbwegs sichere Wertpapiere kaum noch rentieren, können die Pensionskassen nicht anders, als unser Versicherungsgeld vermehrt in Liegenschaften anzulegen.

Fortsetzung Seite 2

Erfreulicher Bundesgerichtsentscheid zum Zweitwohnungsbau. SD fordern die Einstellung der entsprechenden Bewilligungsverfahren!

Lässt sich die Wohnungsnot «wegbauen»?

Fortsetzung von Seite 1

Dabei sind die Pensionskassen natürlich an möglichst hohen Mieterträgen interessiert. So wird das breite Volk gezwungen, sich mit übersetzten Mietzinsen die (unsichere) Aussicht auf eine anständige Altersrente zu erkaufen.

Die Abzocker in der Welt der Hochfinanz lachen sich ins Fäustchen...

Lösungsansätze

Wir Schweizer Demokraten (SD) wollen konstruktive Politik machen. Dies bedeutet, nicht bloss zu kritisieren, sondern auch bessere Lösungen vorzuschlagen. Solche können im Rahmen dieses Artikels nur kurz skizziert werden. **Die absolut dringendste Massnahme zur Entlastung des Wohnungsmarkts wäre die Kündigung des Abkommens mit der EU über die Perso-**

nenfreizügigkeit, gefolgt von einer Migrationspolitik, die keinen Zuwanderungsüberschuss erlaubt. Bis die Politiker in Bern dies eingesehen haben, bleiben ihnen, aber auch den Kantonen und Gemeinden, nur Massnahmen zur Schadensbegrenzung. Auch davon gibt es allerdings manche, die durchaus wirksam wären. Hierzu müssen einige Stichworte genügen:

- Auszonung von noch nicht überbautem «Bauland»
- Rückzonung überbauter Gebiete, sodass keine Anreize zum Abbruch der bestehenden Gebäude zwecks Erstellung höherer und dichter Überbauungen mehr bestehen
- Steigerung des Anteils der gemeinnützigen Wohnbauträger (Gemeinden, Genossenschaften, Stiftungen) am Wohnungsmarkt, **und zwar innerhalb des bereits vorhandenen Gebäudebestandes, nicht mittels Überbauung von Grüngeländen**
- Förderung der Übernahme von Liegenschaften durch die bishe-

rige Mieterschaft zu Eigentum

- Schaffung einer ergänzenden (externen) Finanzierung der Pensionskassen zum Ausgleich der Überalterung unter Verzicht auf andere, weniger vordringliche Ausgaben wie zum Beispiel Ausbau des Strassennetzes, Entwicklungshilfe, Beteiligungen am Internationalen Währungsfonds usw.

- Verstärkung des Mieterschutzes, insbesondere Verbot von Mieterhöhungen bei Mieterwechseln
- konsequenter Vorrang der bereits ansässigen Bevölkerung vor Zuwanderern auf dem Wohnungsmarkt
- Plafonierung der Bodenpreise in den Städten und Agglomerationen
- Steuerliche oder andere Anreize, nicht in Einpersonenhaushalten zu leben
- Berücksichtigung des Wohnflächenverbrauchs pro Person bei der Veranlagung von Steuern, **das heisst höhere Steuern bei sehr viel Wohnfläche pro Person**
- Verbot des Grundstückserwerbs

durch Personen mit Wohnsitz im Ausland

- und längerfristig: Schaffung eines neuen Bodenrechts, welches das Eigentum am Boden durch ein vererbliches Nutzungsrecht ersetzt, denn der Boden als unvermehrbares, aber bleibendes Gut kann doch nicht ernsthaft einer (sterblichen) Person gehören, die dann damit macht, was sie will – zum Beispiel auch zu betonieren und damit für immer zerstören!

Als **Fazit** bleibt festzuhalten: Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Es ist kein Luxus und auch nicht freiwillig. Wieso soll sich damit eine besitzende Minderheit die Taschen füllen, während die grosse Mehrheit der Normalbürger zahlen muss, bis es definitiv nicht mehr geht? **Mit immer noch mehr Beton ist der Wohnungs- bzw. Mietzinsnot nicht beizukommen.** Dazu braucht es neue Lösungen, auch wenn diese dem Geldbürgertum und der Immobilienbranche überhaupt nicht gefallen.

Der Blick in die Zukunft macht wenig Freude!



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Teil 2

Fortsetzung von letzter Ausgabe

Ökologie vs. Politik

Die Rolle der Politik in diesem System! Politik ist die Lehre vom Staat; heute bedeutet sie jedoch die Auswahl der Mittel und Wege, um als Gruppe zu einem bestimmten Ziel zu kommen. **Dieses Ziel aber, das eigentlich der Existenzsicherung der menschlichen Gemeinschaft dienen sollte, wird in den meisten Fällen nicht wirklich erkannt respektive von gruppenegoistischen Kurzfristzielen verdeckt.** – Da diese leichter zu erkennen respektive zu definieren sind, beherrschen wenig durchdachte, kurzfristig angelegte Zielsetzungen das politische Geschehen. – Es versteht sich von selbst, dass damit die grundlegenden Ziele, die aus den ökologischen Grundtatsachen abzuleiten sind, verdrängt werden.

Und doch – da es um die Sicherung der Dauerexistenz des menschlichen Lebens geht, müssten alle politischen Aktionen den ökologischen Anforderungen untergeordnet werden.

Dabei entspricht es ökologischem Grundverständnis, die Lösung der Probleme durch Pflege und Kultivierung der Anlagen der vorhandenen Lebewesen **und nicht durch deren Vergewaltigung zu suchen.** **Dass es dabei keinen Platz – weder für die Ideen des Genderismus, der hemmungslosen Besitzgier und der Machtspiele auf religiöser, wirtschaftlicher und politischer Ebene hat, ist offensichtlich.**

Grundlage des Christentums hinterfragen?

Es ist von besonderer Tragik, dass sich die christlichen Kirchen auf einen zerstörerischen Wettkampf mit den Kapitalisten und den Linken verschiedenster Provenienz eingelassen haben und **allesamt die Errichtung eines neuen «Goldenen Kalbes» in Form eines materiellen diesseitigen Paradieses anstreben.** Das «ora et labora», der Verzicht im Diesseits mit der Aussicht auf die Belohnung im Jenseits, wird immer leiser verkündet,



Der Mensch ist Teil der Natur und nicht ihr Herrscher!

dafür feiern die Umverteiler und Vertreter des Wohlfahrtsstaates und der Chancengleichheit Urständ. Die unbestreitbaren Erfolge des Christentums müssen im Blick auf die ökologischen Erkenntnisse neu überdacht werden. Dabei stösst man auf verschiedene fragwürdige Grundannahmen:

- *Der Mensch ist Gottes Ebenbild; Ende und Ziel des Weltgeschehens. Die ganze Schöpfung steht ihm zu Diensten. Er kann also die Mitgeschöpfe als Bausteine oder wegzuräumende Hindernisse beim Aufbau seiner Welt betrachten.* Die nordamerikanischen Indianer waren wohl die prominentesten, zahllose Tier-

und Pflanzenarten die bedeutungsvollsten Opfer dieser Falschannahme.

- *Nur wegen der Ursünde muss der Mensch die Gefahren und Schmerzen allen hoch entwickelten Lebens im Bewährungskampf erleiden. Nicht etwa, weil auch der Mensch Teil der stets leidenden Kreatur ist. Also ist alles, was möglich ist, zu unternehmen, um der Schöpfungsordnung zu entrinnen. Die Heilsgeschichte war vorerst als jenseitigen Trost gedacht – sie wurde im Gleichschritt mit den naturwissenschaftlich-technischen Erfolgen immer mehr diesseitig ausgelegt.*

– Die angebliche Verheissung Gottes nach der Sintflut lautet folgendermassen: «Nicht aufhören werden Saat und Ernte mehr, Furcht und Zittern (vor den Menschen) wird die Tiere nicht mehr verlassen.» **Diese Aussage wird dem Menschen eine nahezu unerschütterliche Sicherheit vermitteln. So darf er gegen die ihn tragende Natur tun, was immer er will. Der Mensch ist aus dem ökologischen Zusammenhang herausgenommen!** Was kümmern ihn deshalb die Versteppung Nordafrikas, der Verlust Oklahomas, die Vernichtung zahlreicher Fischgewässer, die Verwüstung des Urwalds usw. – Nicht aufhören wird doch Saat und Ernte. Das ist zurechtgebene göttliche Verheissung – auch wenn man an diesen Gott sonst nicht mehr so recht glauben mag.

Handeln gegen sich selbst

Alle neuzeitlichen Aufklärungsbewegungen (inklusive dem Kommunismus!) schöpfen ihre Kraft aus der Idee, die alten Verheissungen erfüllen zu können respektive zu wollen. Der Mensch als Ebenbild Gottes ist demnach zu befreien aus jedem natürlichen Geschehen, jedem Schmerz, jeder Einengung, jeder Abhängigkeit. Er ist den Göttern gleich! Dabei wird offenbar vergessen, **dass der Mensch kein Geistwesen ist, sondern Teil eines immerwährenden Kreislaufes von Energie und Materie – vielleicht auch nur Energie!**

Der Mensch unterliegt damit den unerbittlichen Gesetzen der Natur mit ihrem Werden und Vergehen!

Mit der auf dem Calvinismus basierenden Vergötzung des Erfolges (er feiert gerade jetzt mit den Managerlöhnen Urständ!), der unter anderem zum Wachstumszwang auf allen Ebenen führte (dabei soll die Rolle des verheerenden Zinseszins-Unsinns nicht vergessen werden!), sind wir auf einem Höhepunkt des gesellschaftlichen Unsinns angelangt.

Der Kampf gegen die Begrenztheit allen natürlichen Geschehens scheint mit Hilfe der modernen Wissenschaft und Technik praktisch gewonnen zu sein.



Raubbau bis zum Exzess, wie bei diesem abgeholzten Regenwald! Wie lange überlebt der Mensch sein eigenes Tun?

Elend ist nur die Tatsache, dass demnächst überall der Gegner fehlen wird (siehe die Begrenztheit der Energieträger und vieler Rohstoffe!). Der Zwang zum Erfolg äussert sich auch im kontinuierlichen Streben nach einem höheren Lebensstandard; dem Anspruch auf einen Arbeitsplatz respektive dem Recht auf Arbeit und aller auf vermeintlicher Gerechtigkeit beruhenden sozialen Rechten.

Siegen gegen sich selbst

Der Angriff auf die Gestirne (Mond, Venus, Mars usw.) scheint wirtschaftlich doch nichts herzugeben. Die Eroberung des Weltalls zwingt zur konsequenten Auspowerung des bereits geschlagenen Gegners (der terrestrischen Natur!) – ohne dass sich damit neue verwertbare Ressourcen gewinnen liessen. Das ist natürlich höchst unerfreulich. **Erfolg um des Erfolges willen wird spätestens dann suspekt, wenn dabei die Reserven verbraucht werden. Schliesslich kann man sich auch zu Tode siegen (Das erlebt zurzeit die USA auf brutale Weise!).**

Kann der Mensch umdenken?!

Mit diesen Hinweisen sei aufgezeigt, **dass ein fundamentaler Widerspruch zwischen den Forderungen des Umweltschutzes im Sinne der Sicherung der Zukunft für die ganze Schöpfung und der tatsächlichen Alltagspolitik besteht. Die Krise unserer Umwelt ist somit eine geistige Krise!** Offenbar müssen wir Menschen wieder ein harmonisches Verständnis unserer Rolle im Rahmen der Schöpfung finden. In Demut ist zu erkennen, dass – wir auch als «Krone der Schöp-

fung» mitverantwortlicher Teil der göttlichen Schöpfung sind; – wir zwar die natürlichen Reichtümer nutzen, sie aber nicht zerstören dürfen; – kein auf Dauer ausgerichteter Wohlstand durch rasanten Verbrauch des uns anvertrauten vielfältigen Naturkapitals geschaffen werden kann; – der Kollisionskurs mit der Natur als fahrlässiger Selbstmordversuch zu qualifizieren ist; – unser aller Schöpfer nicht für den Menschen da ist, um ihn im entscheidenden Moment vor dem Abgrund der Selbstvernichtung zu bewahren.

Der bekannte politische Denker Carl Amery vermutete schon vor über 30 Jahren, dass wegen der Zwänge, die unser politisches Handeln bestimmen, die Chance eine sinnvolle Zukunftspolitik zu entwickeln, bestenfalls eine Chance von 1:10 ist.

Tatsächlich wäre es für alle Politiker notwendig, vorerst die ökologischen Grundtatsachen geistig zu verarbeiten, um dann die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Wir erleben jedoch gerade gegenwärtig, wie meilenweit die Tagespolitik von den langfristigen Notwendigkeiten entfernt agiert. Denken wir etwa an die Einwanderungspolitik, die von Gier getriebene Finanzpolitik, die Machtpolitik oder ganz allgemein an die Wachstumspolitik, die noch immer als unantastbare heilige Kuh verehrt wird. **Ununterbrochen werden noch immer unlösbare Wechsel auf die Zukunft gezogen, und zwar**

nicht nur bei uns, sondern in der ganzen modernen Welt.

Die Folgerungen für uns!

Ohne in Selbstbemitleidung oder Pessimismus zu verfallen, ist festzustellen, **dass auch unser Staat keine Zukunft hat, wenn wir die Entwicklung so wie in den letzten Jahrzehnten weiterlaufen lassen.**

- Die demokratischen Grundlagen werden durch amerikanisierte falsche Bannerträger in Wirtschaft, Verwaltung und Politik unterhöhlt (Credo: «Too big, to fail!»). **Die US- und EU-Turbos versuchen kontinuierlich, unser eigenständiges Rechtssystem auszuhöhlen.** Mehr noch, sie bewirken dessen gemeinschädigende Anpassung an fremdbestimmte, neuerdings sogar private Bürokratienormen (FATF/GAFI, Egmont-Gruppe und deren Empfehlungen, Richtlinien und Standards).
 - Die föderalistische Struktur wird durch die Überbevölkerung bedroht. Dazu kommt der verhängnisvolle Drang zur Zentralisierung (Gemeindefusionen, Regionalisierung, Bildung von Wirtschaftsschwerpunkten usw.).
 - Die bewaffnete Neutralität wird durch Auslandseinsätze von Armeemitgliedern verletzt; siehe e. Bundesrat Adolf Ogi: «Wenn wir nicht zu den kriegerischen Schwerpunkten gehen, kommen diese zu uns!» **Zudem wird durch eine Ausländerbevölkerung von bald 30 Prozent eine emotionale Abhängigkeit zum Ausland geschaffen.**
 - Längst ist der Zusammenhang zwischen wesentlich ungehemmter Bevölkerungszunahme und der damit einhergehenden Minderung unserer Eigenständigkeit und unserer Zukunftschancen offensichtlich. **Die freie Einwanderung aus dem EU-Raum muss als gigantische Fehlleistung unseres Bundesrates und neuerdings auch der Mehrheit des Parlaments beurteilt werden.**
- In den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts suchte eine Ausstellung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen unter dem Titel **«Umdenken – Umschwenken»** Denkanstösse im oben dargelegten Sinne zu vermitteln. Ob es wohl nicht schon zu spät ist, um das Unheil für unsere Nachkommen abzuwenden!?

Freihandelsabkommen mit China: Wachstums- und Grössenwahn erhöhen den Druck auf die inländische Wirtschaft und gefährden Arbeitsplätze.

Mordfall Marie – grobfahrlässige Justiz

Nun veröffentlichten die Medien, dass der verurteilte Mörder sein Opfer nach der Entführung doch getötet hat und jede Hilfe zu spät kommt. Der Täter befand sich in einem sogenannten «Hausarrest» und wurde somit ungenügend kontrolliert freigelassen. Diese Tatsache beweist den grobfahrlässigen Umgang seitens der involvierten Justizbehörden und gipfelt in entsprechend erfolgten inkompetenten Entscheid, **wobei sich jedermann mit gesundem Menschenverstand fragt, ob die momentane Gerichtspraxis noch mehr Leben kosten muss.** Hinterbliebene ersuchen ein solches Strafrechtssys-



Von wegen Gleichgewicht – wenn das Gute im Menschen das Schlechte nahezu bevorzugt!

tem schlicht als Schande für die Gesellschaft, **zumal die Politik Massnahmen zur Resozialisierung von Kriminellen immerzu bevorzugt.**

Vor allem ist das ewige Lamentieren über Menschenrechte für die bis heute nicht umgesetzte vom Stimmvolk vor neun Jahren angenommene Verwahrungsinitiative verantwortlich.

Mit jeglichem Täterschutz muss endlich Schluss sein. Für die Schweizer Demokraten (SD) haben jetzt die angekündigten Untersuchungen des Strafverfahrens mit den nötigen personellen Konsequenzen absolute Priorität.

SD-Redaktion

Super-multikulturelles Baden

Früher konnte man jeweils noch vom multikulturellen Baden sprechen – heute müsste es wohl eher super-multikulturell (wenn nicht gar mega-super-multikulturell) heissen. In Baden erscheint jeden Monat ein kleines Büchlein (etwa A6-Format) mit dem Titel «Baden ist Kultur», wo alle möglichen Theater-Vorführungen, Ausstellungen, Konzerte Museen usw. erwähnt werden. Ich muss zugeben, ich lese dieses Büchlein so gut wie nie, weil ich glaube, selber entscheiden zu können, was ich sehen möchte. Letzthin habe ich aber so einen Monatskalender durchgeblättert. Unter anderem schaute ich mir die Rubrik «Stadtbibliothek» etwas genauer an, und da sah ich regelrecht rot, bevor es mir



Bei sinnvoller Integration identifiziert sich der Fremde mit der hiesigen Sprache. Angebote in Fremdsprachen fördern Parallelgesellschaften.

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an

SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung. (Red.)

schwarz vor den Augen wurde. Es waren acht Veranstaltungen, Vorträge usw. aufgeführt, diverse mehrmals im Monat oder gar z.B. «jeden Freitag» (oder ein anderer Wochentag). Hier in der Reihenfolge, wie sie aufgeführt wurden, wobei ich nur die jeweiligen Sprachen, in denen diese abgehalten wurden und in Klammer wie oft sie stattfanden, erwähne: 1. in Kroatisch (jeden Freitag), 2. in Albanisch (am 1. und 3. Samstag), 3. Escritura Creativa (an einem Donnerstag) – hier ist zu erwähnen, die Beschreibung war auf Spanisch (!!!), 4. in Spanisch (an einem Mittwoch), 5. in Mundart (an einem Donnerstag), 6. in Italienisch (an

einem Donnerstag) – auch hier die Beschreibung auf Italienisch (!!!) 7. Machschi mit – Comic Flohmarkt und 8. Club de lectura en Español (an einem Donnerstag) – auch hier die Beschreibung «logischerweise» auf Spanisch (!!!). Zusammengefasst: Sechs Veranstaltungen in allen möglichen Sprachen – zumindest (vorläufig wenigstens) nur europäische. Afrikanische Sprachen werden wohl bald folgen. **So sieht in Baden also «Integration» aus – nämlich die Schweizer sollen gegenüber den Ausländern integriert werden.** Und da wundern sich manche Leute, wieso Ausländer in der Schweiz sich sehr oft schlecht oder gar nicht inte-

grieren wollen. Warum auch – wenn selbst in einer Kleinstadt wie Baden die öffentliche Hand derart Multi-Kulti ist.

Da muss man sich fragen, was alle diese kantonalen und nationalen Bemühungen zur Integration nützen.

Ganz abgesehen davon, dass es nach meiner Ansicht Sache der Einwanderer selber ist, sich um Integration zu bemühen. So ist es wenigstens in der ganzen übrigen Welt so.

Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden

Wie viele Opfer braucht es noch? Die Verwahrungsinitiative muss endlich umgesetzt und konsequent angewendet werden!

Leserbrief

Unnötig erzwungene Arztbesuche!

Es wird viel von Selbstverantwortung, die der Krankenversicherte in seinem persönlichen Gesundheitsbereich wahrnehmen soll, gesprochen. Doch dies scheitert leider allzu oft! Sehr viele Drogerien haben ihren Betrieb zur Apotheke erweitert. Was aber nützen uns diese vielen Apotheken, **wenn deren Kompetenz nicht endlich den heutigen Bedürfnissen einer in medizinischen Fragen immer besser informierten Gesellschaft angepasst wird?** Viele Arzttermine, welche kurzfristig annulliert oder nicht wahrgenommen werden, basieren nämlich auf folgendem Sachverhalt: Ein Kunde kommt mit einem Anliegen in die Apotheke. Er möchte das Bronchospasmolytikum (gegen Asthma), welches er zur Sicherheit schon seit vielen Jahren immer auf sich trägt und das vom Verfallsdatum her abgelaufen ist, erneuern. Die Arzneimittelbehörde Swissmedic teilt die Medikamente in A-, B-, C- und D-Kategorien ein, wobei A- und B-Präparate rezeptpflichtig sind.

Da nun aber das besagte Medikament Ventolin (Salbutamol), welches notabene sehr viele Menschen benötigen, ein B-Präparat ist, will es die Apothekerin ohne neues ärztliches Rezept nicht verkaufen.

Der erwachsene Kunde, der in der Apotheke steht, fühlt sich nicht als solcher behandelt und kommt sich wie ein Kindergartenschüler vor. **Nun meldet sich der Kunde quasi zwangsweise und deshalb widerwillig beim Arzt an. In der Zwischenzeit hat der Betroffene aller-**



Weniger Einschränkungen beim Medikamentenbezug können die Kosten senken.

dings eine etwas liberalere Apotheke gefunden, welche ihm das besagte rezeptpflichtige Medikament (mit Beratung) ohne neues Rezept verkauft. Infolgedessen wird die Konsultation beim Arzt unnötig.

Eine einfache Arztkonsultation kostet im Minimum 50 Franken, ohne Kosten der Medikamente. Das gängige Medikament Ventolin kostet Fr. 8.75 plus Fr. 4.30 für den Medikamenten-Check in der Apotheke. Dies ist ein frappanter Unterschied!

Zweites Beispiel mit Aspirin Cardio (Thrombozytenaggregationshemmer): Viele Menschen müssen dieses Medikament oft über Jahrzehnte zur Blutverdünnung einnehmen. Es gehört zur Kategorie B und ist mit 100 mg ASS und einer Lackschicht zur besseren Magenverträglichkeit rezeptpflichtig, wohingegen das altbewährte Alcyacil mit sogar 415 mg Acetylsalicylsäure in einer Tablette ohne Rezept frei verkäuflich ist. **Wie ist dieser**

Widerspruch in der Handhabung dieser beiden wirkstoffidentischen Medikamente von der verantwortlichen Arzneimittelbehörde zu erklären? Gesundheitspolitiker lamentieren nur über zu hohe Medikamentenpreise und vergessen dabei, sich für die Eigenständigkeit des Patienten beim Bezug von oft

benötigten Medikamenten einzusetzen beziehungsweise unlogische und widersprüchliche Bestimmungen und Einschränkungen beim Medikamentenbezug endlich politisch zu bekämpfen.

*Marcus Stoercklé jun.,
Basel*

Erfordern globale Regeln überrissen hohe Löhne?

Die Löhne der Top-Leute der Grossunternehmen richten sich heute nicht nach ihrer Arbeitsleistung und ihrer persönlich getragenen Verantwortung, sondern nach globalen Regeln in einem globalen Kontext. Das ist zwar nachvollziehbar, aber nicht einfach als gegeben hinzunehmen. Der Beweis ist nicht erbracht, ob nicht auch mit guten aber nicht überrissen hohen Löhnen kompetente Manager und Verwaltungsräte gefunden werden könnten, die diese Jobs gleich gut erledigen würden.



Manche Managerlöhne haben mit Leistung nichts mehr zu tun und sind schlicht unethisch.

fallen, sondern ihre Tätigkeit gut abgedeckt an einem andern Ort wieder aufnehmen können. Aus dieser Perspektive ist die 1:12-Initiative zu rechtfertigen. Die Einführung einer speziellen Lohnsteuer, zum Beispiel ab einer Lohnsumme von 600'000 Franken, wäre zwar auch denkbar, kommt aber in Konflikt mit der Einkommenssteuer, die unter anderem auch Kapitalerträge umfasst, und käme als neue Steuer sicher politisch kaum durch.

Alex Schneider, Küttigen

Ist es nicht so, dass sich die Top-Leute zu einer globalen Kaste zusammengeschlossen haben, welche ihre hohen Löhne gegenseitig und gegenüber der Öffentlichkeit unabhängig von ihrem effektiven Marktwert rechtfertigen?

Auch ist zu bedenken, dass ihre Verantwortung zwar hoch ist, diese Leute aber bei einem freiwilligen oder unfreiwilligen Abgang meist nicht in ein grosses Loch

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **Bezirk Baden und Umgebung:** **Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 056 222 68 72.

Fricktal: Generalversammlung am Freitag, 21. Juni 2013 im Restaurant «Weisses Rössli» in Eiken. Weitere Infos über Telefon 061 871 03 12.

 **SD Stadt Bern: Ordentliche Hauptversammlung am Freitag, 14. Juni 2013, 19.30 Uhr,** im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem (siehe Höck SD Stadt

Bern). Weitere Infos über Telefon 079 602 77 41.

Höck: (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden

1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Donnerstag, 27. Juni 2013, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

 **Winterthur und Umgebung: Höck** im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag eine Woche später). Weitere Infos über Telefon 052 222 55 16.

 **Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Weitere Infos über Telefon 076 416 17 00.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch



Kanton Zürich



Verdichtetes Bauen und die Folgen davon

Die Abwasserkanalisationsleitungen müssen in bestehenden Siedlungsgebieten das häusliche Abwasser, Platz-, und Dachwasser aufnehmen. Diese Leitungen sind grösstenteils über 25 Jahre alt und wurden somit vor dem Bauboom der vergangenen Jahre erstellt. Diese Leitungen nennt man Mischsystem. Heute baut man bei neuen Siedlungsgebieten nach Möglichkeit Trennsysteme, was bedeutet, dass nur verschmutztes Abwasser einer Kläranlage zugeführt wird. Das Platz- und Dachwasser wird in einer eigenen Leitung (Meteorwasser) dem nächsten Gewässer (Vorfluter) zugeführt.

Von Entlastungskanälen zu Regenklärbecken

Früher genügten sogenannte Hochwasserentlastungskanäle, um grössere Regenwasseranfälle in der Kanalisation abzuleiten. Effizienter für den Gewässerschutz sind Regenklärbecken im Kanalnetz. Es bestehen jedoch noch viele Entlastungskanäle, denn Regenklärbecken kosten einiges mehr, benötigen auch Platz und diese ist rar. Da es keinen Sinn macht, unverschmutztes Wasser von Dächern und Plätzen in die Kläranlage abzuleiten, werden sogenannte Regenklärbecken gebaut und in die Systeme der Mischkanalisation integriert. Dadurch können auch die oftmals zu kleinen Rohre des Kanalisationssystems entlastet werden. **Wenn also ein Regenereignis stattfindet, staut das gesamte Abwasser im Regenklärbecken auf und nur die zulässige Menge, welche das Kanalnetz aufnehmen kann, fliesst zur Kläranlage.** Wenn dann das Regenklärbecken, auch Regenüberlaufbecken (RÜB) genannt, voll ist, fliesst das überschüssige Wasser ins nächste öffentliche Gewässer. Die festen Schmutzstoffe bleiben im RÜB zurück und wenn der Regen nachlässt, kann dann das Schmutzwasser mit den festen Stoffen zur Kläranlage fließen.

Wachstumswahn und vernachlässigte Hausaufgaben

Ein ausserordentlich starkes Gewitter zog am Abend des 20. August über Winterthur. Die Strassenschächte und Dachwasserabläufe vermochten dieses Regenwasser auch in der Altstadt nicht mehr zu schlucken. **Ein Rückstau in der Kanalisation war die Ur-**



Mit einem neuen Bahnhof soll Winterthur attraktiver werden. Die Bürger dürfen dafür bezahlen!

che und die Folge davon, dass viele Untergeschosse der Geschäfte im Untertor überflutet wurden. Das Kanalisationsabwasser trat zu den Lavabos und WC-Schüsseln in den Kellern der Häuser hinaus. Die Untergeschosse mussten tags darauf ausgepumpt werden. Die Geschäfte blieben geschlossen und es stank noch lange Zeit in diesen Häusern. **In den letzten 10 Jahren hat die Bevölkerung von Winterthur um rund 13'000 Einwohner zugenommen und wurde zur Grossstadt.**

In Infrastrukturen wurde wenig bis gar nichts investiert, einzig das Stromnetz baute man aus, war ja nötig, um den ausufernden Konsumzwang und Ressourcenverschleiss weiter voranzutreiben.

Das Bauwerk rund um den Bahnhof, genannt Masterplan Stadtzentrum Bahnhof, verschlingt 84 Mio. Franken Steuergelder, doch bereits im Juni 2013 wird ein majestätisches Pilzdach beim Busbahnhof stehen. In Winterthur nennt man dies Stadtentwicklung.

Verdichtetes Bauen, ja aber...

Immer wieder liest man vom Zauberwort «verdichtetes Bauen», auch das Schlagwort «Nachhaltigkeit» ist in aller Munde. Ich bezweifle diese Präferenzen bei manchen Projekten, denn die Folgen vom verdichteten Bauen zeichnen sich zunehmend ab. **Täglich gehören Staus auf unseren Strassen zur Tagesordnung. Auch beklagen Pendler und Ausflügler das Gedränge auf Bahnhöfen und den Platzmangel in öffentlichen Verkehrsmitteln.**

Für die Ver- und Entsorgung sind enorme Lastwagentransporte nötig, selten haben diese Lastwagen jedoch noch Platz für den Güterumschlag, sodass sie die Trottoirs blockieren. In der Folge müssen Kinder und Fussgänger auf die Strasse ausweichen. Diese gefährliche Situation ist jeden Tag festzustellen. **Wie sich das verdichtete Bauen in Bezug auf die natürlichen ökologischen Verhältnisse auswirkt, konnte man am Montagabend des 20. August erleben. Das Wasser des Gewitterregens konnte nicht mehr abfließen, in der Altstadt staute die Kanalisation zurück und Untergeschosse wurden mit dieser Brühe gefüllt.** Die Schuld wurde dann Petrus zugewiesen und man sprach von einem 50-Jahre-Ereignis. Diese Meinungen kann ich aus eigenen Erfahrungen in meinem beruflichen Umfeld nicht teilen.

Wem hilft das Wachstum

Die Eulach und die Töss durchque-

ren die Stadt Winterthur, wobei das Kanalnetz grösstenteils nicht im Trennsystem erstellt ist, was Platz- und Dachentwässerungen erzeugt. Diese nehmen laufend zu und werden ins Kanalnetz geleitet. Damit das Wasser auch bei Regenfällen abfließen kann, gibt es Entlastungskanäle in die eingeeengte Eulach und die Töss. Wenn nun die beiden Flüsse einen gewissen Wasserstand aufweisen, welcher höher als die Entlastungskanäle liegt, **fliesst Wasser von diesen Gewässern in die Kanalisation, doch diese schluckt ja bekannterweise auch nicht. Die Misere ist bekannt, auch gelobte Regenbecken können diesbezüglich nur wenig Abhilfe schaffen.** Diese sind für Schmutzrückhaltungen bei Regenereignissen vorgeschrieben (Generelles Entwässerung Projekt > GEP). **Die angebliche Zauberformel zum verdichteten Bauen heisst also hier Regenbecken erstellen. So konnte man im «Landboten» vom Samstag, den 22. September lesen, «eine Hunderternote mehr für Abwasser».**

Dieser Gebührenaufschlag bezahlen nun in Zukunft die Einwohner von Winterthur, und zwar dank den Machtansprüchen von Wachstumsstrategen und Kapitalisten, welche nie genug ins Portfolio gespült bekommen.

Neuste Nachricht, 100-Meter-Riesen im Tössfeld mit 550 Wohnungen, Winterthur will hoch und abermals höher hinaus, «nei aber au»!

Marcel Stutz,
Gemeinderat, Winterthur



Kanton Bern



Die Viererfeld-Zwängerei nimmt kein Ende

SD für Erhalt der Grünfläche

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern lehnen das erneute Begehren zur Planung einer Überbauung des Viererfeldes ab. Der Gemeinderat ignoriert schlicht einen Volksentscheid aus dem Jahr 2004. **Bei dieser Fläche handelt es sich um eine der noch wenigen unverbauten Grünflächen in der Stadt Bern und um ein wichtiges Naher-**

holungsgebiet. Die SD verurteilen die vor allem vom Stadtpräsidenten propagierte quantitative Wachstumsideologie und fordert vielmehr eine allgemeine schweizerweite Beschränkung der Zuwanderung, respektive die Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Adrian Pulver,
Vizepräsident SD Stadt Bern



Terre d'immigration ou économie de convoitise?

Il y a plus de 10 ans, Christiane BRUNNER, alors présidente du Parti socialiste suisse, avait déclaré, péremptoire, que le **Conseil fédéral** devait régulariser les clandestins vivant en Suisse depuis au moins une année. 150 à 200'000 personnes! Afin que d'autres puissent venir les remplacer et ainsi de suite! Elle ajoutait, délirante, que la Suisse était une terre d'immigration.

L'aversion hystérique de cette virago pour son pays lui avait fait perdre toute mesure et atomisait le peu de lucidité politique qui lui restait!

En effet, pas plus que l'Autriche qui, à la même époque, par la voix de son vice-chancelier, Mme Riess-Passer (FPÖ), l'avait déclaré haut et fort, la Suisse n'est une terre d'immigration. C'est même tout le contraire.

Avant la Seconde Guerre mondiale, nos compatriotes composaient de solides, appréciables et appréciés contingents de l'émigration européenne en partance (définitive) pour les Etats-Unis, notamment.

De gigantesques territoires, tels le Canada, les USA, le Brésil, l'Argen-



tine, l'Australie, etc..., constituèrent les terres nouvelles, puis les destinations traditionnelles de l'émigration mondiale... subséquemment à la sanglante et féroce (100 millions d'Indiens massacrés en quatre siècle!) colonisation des hémisphères américains par les Portugais, les Espagnols, les Anglais, les Français, etc..., et la mise en esclavage de millions d'Africains, engendrant un continent exsangue. Ce sont aujourd'hui (juste retour des choses!) les nations colonisatrices... qui, à leur tour, sont «colonisées»!...

La Suisse, qui n'a jamais «fauché» le territoire de personne – elle doit

être la seule à en avoir refusé: la Franche-Comté en 1477, la Savoie en 1860, le Vorarlberg en 1919 – est actuellement envahie (accords sur la libre circulation des personnes) par des kyrielles d'immigrés de plus de 150 nationalités que la seule cupidité réunis dans cette commune invasion. Ce pays, pas plus que l'Autriche (entité sororale naguère ennemie) n'est une terre d'immigration s'il n'y avait ces SALAUDS DE CAPITALISTES à l'implacable vénalité, vecteur décisif de la destruction physique de ce territoire et de son peuple! (**LE CAPITAL N'A PAS DE PATRIE! PAR SA FAUTE, NOS DESCEN-**

DANTS N'EN AURONT PAS NON PLUS!) Ce pays n'a pas besoin d'augmenter le nombre de ses entreprises, déjà pléthoriques, ni, à fortiori, celui de ses immigrés qu'il ne pourra plus accueillir sans mettre en péril l'identité de la nation. Le bétonnage intensif imbécile (1,3m² à la seconde) réduit chaque jour un peu plus les surfaces agricoles d'un territoire à la topographie essentiellement alpine (2/3). Son malheur – c'est un truisme – relève, paradoxalement, de son essor économique et de la qualité de sa production industrielle. Désormais programmée, son implosion finale constitue la revanche d'un marxisme déshonoré, expirant dans ses miasmes, reconverti, actif et protéiforme au sein de la nébuleuse mafieuse des associations tiersmondistes les plus malfaisantes, décadentes et criminelles que ce monde sinistre ait jamais produites! C'est d'abord et surtout avec nous qu'elles auront un jour à en découdre!

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Libre circulation: clause de sauvegarde activée

Le Conseil fédéral donne tort au Conseil d'Etat genevois!

En activant la clause de sauvegarde à l'égard de l'ensemble des ressortissants de l'Union européenne, le Conseil fédéral donne, pour la première fois, un signal fort à nos voisins.

Alors que les milieux économiques, trop heureux de pouvoir se servir de main d'œuvre dans un vaste supermarché européen, et la gauche, incapable de sauvegarder des intérêts des travailleurs résidents en Suisse, s'opposaient à l'activation de la clause de sauvegarde limitant la délivrance de nouveaux permis en faveur de travailleurs en provenance de l'UE (Union européenne), le Conseil fédéral décide le 24 avril de prendre cette décision, historique quant au message lancé à nos voisins européens.

Le MCG à la tête du combat!

Depuis sa création, en 2005, le MCG a fait de la concurrence déloyale instaurée par les accords de libre circulation, son cheval de bataille, considérant qu'une préfé-

rence devait être donnée à l'engagement, pour les demandeurs d'emploi résidant sur le canton de Genève.

Irresponsabilité du Conseil d'Etat genevois

Le Conseil d'Etat genevois, en préavisant défavorablement l'activation de la clause de sauvegarde, a démontré son irresponsabilité à l'égard des travailleurs de notre

canton, et son incapacité à répondre de manière adéquate à une situation qui devient chaque jour plus préoccupante.

Ne soyons pas dupes!

Ne soyons cependant pas dupes, le Conseil fédéral a certainement évalué les conséquences d'un refus de sa part sur la votation du 9 juin prochain relative à l'élection du Conseil fédéral par le peuple.

La décision qui a été prise n'est donc vraisemblablement pas l'expression d'une véritable prise de conscience, et il est donc impératif de poursuivre inlassablement la lutte pour la préservation de nos emplois.

Mauro Poggia, conseiller national MCG, Genève

Roger Golay, président du MCG, Lancy

Réunion des lecteurs romands du «Schweizer Demokrat»

Le samedi 29 juin 2013 à 16h00

Salle de conférence restaurant le Milan, Boulevard de grancy 56, 1001 Lausanne, sous la gare 5 min à pied.

16h – 16h15

Accueil et enregistrement des participants tour d'horizon politique internationale et nationale compte rendu de la séance du Comité central (sous réserve) présentation des sujets soumis aux prochaines votations.

17h30 – 19h00

Apéritif et repas (repas et boisson à charge des participants)

19h15

Référendum fédéral contre l'adoption par les couples homosexuels par le conseiller national Yves Nydegger, membre du Comité référendaire contre l'adoption par les couples homosexuels. Fin de la Réunion.

Veillez annoncer votre participation au 076 631 19 76.

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Zweitwohnungen – Bundesgericht bestätigt Volksentscheid

Die Schweizer Demokraten (SD) begrüssen den Bundesgerichtsentscheid, welcher aussagt, dass die Vorschriften für den Bau von Zweitwohnungen bereits ab dem Datum der Volksabstimmung anzuwenden sind. **Insbesondere in diversen schon heute vollends verbetonierten und optisch verschandelten Gebirgsregionen wollte man im vergangenen Jahr noch zahlreiche Baubewilligungen am**

geltenden Recht vorbeischleusen, was ein klarer Betrug am Stimmbürger darstellt. Viele Gemeinden solcher Kantone weisen eine Quote auf, die weit über den festgeschriebenen 20 Prozent liegt. Auch ist eine strikte Kontrolle der Gesetzgebung, basierend auf der klaren Definition des Begriffs «Zweitwohnung», problemlos möglich. **Für die Schweizer Demokraten (SD) hat nun die Umsetzung dieses**

Entscheids höchste Priorität, so dass anhand der Gesuchsdaten die entsprechenden Bewilligungsverfahren eingestellt und abgeschrieben werden. Ferner sind Berggebiete mit Regulierungsmassnahmen beim Steuerwettbewerb (unter anderem eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung) verstärkt zu schützen.

*Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern*

* * * * *

Talon bitte einsenden an

**Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern
oder mailen an schweizer-demokraten@bluewin.ch**

* * * * *

Ich melde folgende Adresse für ein Probeabonnement:

Name/Vorname: _____

Strasse/Hausnummer: _____

Postleitzahl/Wohnort: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte dem 500er-Klub beitreten:

Name/Vorname: _____

Strasse/Hausnummer: _____

Postleitzahl/Wohnort: _____

Persönliche Angaben (fakultativ) _____

Ich schlage folgende Idee für ein Jahrestreffen der 500er-Klub-Mitglieder vor:

Ich habe weitere Vorschläge und Bemerkungen zur besseren Finanzierung unserer Partei:

Absender: Name/Vorname/Ort/Unterschrift: _____

* * * * *